

12.08.2025

Stellungnahme des Deutschen Städtetages

**Referentenentwurf des Bundesministeriums für Verkehr und
des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz –
Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Vollstreckung von Fahrverboten und
Entziehungen der Fahrerlaubnis bei Inhabern ausländischer EU- und
EWR- Führerscheine ohne ordentlichen Wohnsitz im Inland**

Aktenzeichen:

BMV: StV11 – 301010206#0008#0003 und

BMJV: IIA6 - 403770#00004#0014

Wir danken für die Übersendung des Referentenentwurfes nebst Synopse mit E-Mail vom 23.07.2025 und die Gelegenheit zur Stellungnahme. Aus städtischer Sicht nehmen wir dazu gern wie folgt Stellung:

Trotz der vergleichsweise kurzen Stellungnahmefrist in der Sommerferienzeit ist es gelungen, die Expertise von Praktikerinnen und Praktikern mehrerer Mitgliedsstädte zu der vorgeschlagenen Regelung einzuholen.

Im Ergebnis werden die beabsichtigte Umsetzung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs sowie die angestrebte Verbesserung der Transparenz für Vollzugs- und Kontrollbehörden ausdrücklich begrüßt. Dazu gehört auch die nunmehr schnelle und im wesentlichen inhaltsgleiche Umsetzung des bereits in der vergangenen Legislatur eingebrachten Gesetzentwurfs. Positiv sehen wir insbesondere die Entlastungswirkung bei den zuständigen Behörden durch den zukünftig ausreichenden Eintrag im Fahreignungsregister anstelle eines Vermerks auf dem Führerschein.

Der Entwurf wurde in den betreffenden städtischen Dienststellen geprüft. Es wurden keine fachlichen oder rechtlichen Bedenken gegen die vorgeschlagenen Regelungen vorgetragen.